

Einbringung des Kreishaushalts 2013 am 5. Oktober 2013

Landrat Dr. Olaf Gericke

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Wie können wir die jungen Menschen im Kreis halten?
- Gehen uns die klugen Köpfe aus?
- Wie sieht unsere zukünftige Energieversorgung aus?

Kurzum:

- **Was müssen wir tun, um weiterhin ein erfolgreicher Kreis zu bleiben?**

Antworten auf diese und viele weitere Fragen wollen wir im Rahmen unserer Kreisentwicklungsplanung WAF 2030 finden. **Die von Prognos erarbeitete Bestandsaufnahme liegt seit ein paar Tagen auf dem Tisch.**

Darauf aufbauend geht es jetzt darum, für unsere Schlüsselthemen der Zukunft aus den Bereichen

„Wirtschaft & Arbeit“,

„Bildung & Wissenschaft“,

„Familienfreundlichkeit & Lebensqualität“ sowie

„Klimaschutz & Umwelt“

klare Ziele zu formulieren. Und darauf aufbauend wollen wir möglichst konkrete Maßnahmen für unser Handeln entwickeln.

Wir können und wollen unsere Zukunft nicht am Reißbrett entwerfen.

Alle sind eingeladen und aufgefordert, mit uns zu diskutieren. Natürlich werden wir Experten beteiligen und hören, was sie zu sagen haben.

Aber wir möchten eben auch die Ideen von möglichst ganz vielen Kindern und Jugendlichen, Eltern, Politikern, Unternehmern und Senioren – eben die Meinung unserer Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen und der Entwicklung von konkreten Projekten einfließen lassen.

Für das Kreisentwicklungsprogramm haben wir unter www.waf2030.de einen eigenen Internetauftritt eingerichtet. Dort ist seit einigen Tagen die Bestandsaufnahme eingestellt. Und ab der nächsten Woche kann man dort auch diesen **Fragebogen aufrufen** und seine Einschätzungen und Ideen online mitteilen.

Wir werden die Fragebögen auch als Drucksache im Kreishaus und in den Rathäusern auslegen und sie interessierten Schulen und Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Und wir werden neben der Bürgerbefragung und einer Unternehmerbefragung auch mehrere Veranstaltungen u. a. für Kinder und Jugendliche anbieten.

Meine Damen und Herren,

"Wir entwickeln die Zukunft hier" – so lautet der Slogan unseres Kreisentwicklungsprogramms.

Dieser Slogan könnte aber auch für die Beratungen des Kreistages über den Kreishaushalt gelten – denn der Kreishaushalt ist das wichtigste politische Instrument für Zukunftsgestaltung überhaupt!

Wir setzen mit dem Haushalt viel mehr als nur den finanziellen Rahmen für die Arbeit des Kreises im kommenden Jahr.

Hier stellen wir gemeinsam die politischen Weichen nicht nur für ein Jahr, sondern ganz oft für weit darüber hinaus!

Oder – um es mit einem Bild aus unserem landwirtschaftlich geprägten Kreis deutlich zu machen: Hier bereiten wir den Boden – wir bestellen mit dem Haushalt unsere Kreisfelder. Und dass unser Kreishaushalt 2013 **bestes Saatgut für die Zukunft** enthält, möchte ich Ihnen im nachfolgenden deutlich machen.

Meine Haushaltsrede gliedert sich in drei Abschnitte:

- 1) Die finanz- und wirtschaftspolitische Ausgangslage**
- 2) Der Haushalt 2013 in Zahlen**
- 3) Kommunalpolitische Schwerpunkte**

Finanz- und wirtschaftspolitische Ausgangslage

Auch ein Haushalt ist äußeren Einflüssen ausgesetzt: Kommt genügend Regen und Wärme – droht uns Dürre – oder wird uns gar die Ernte im wahrsten Sinne des Wortes verhagelt? Das sind die Fragen – um sie noch einmal in der Sprache der Landwirtschaft zu formulieren.

Zunächst einmal zur Sonnenseite unseres Haushaltes:

Die Wirtschaft boomt – in den vergangenen Monaten erreichte die von den Unternehmen gezahlte Gewerbesteuer im Kreis mit rund 135 Millionen Euro einen neuen Rekord – das sind fast 15 Millionen oder gut 12 % mehr als im Vorjahr. Unter dem Strich ist das kreisweit ein ganz fantastisches Ergebnis – wenn auch, wie Sie sehen, einige Städte, insbesondere Sassenberg, an dieser Entwicklung nicht teilhaben konnten.

An dieser Stelle deshalb ein Dankeschön an unsere innovativen Unternehmer. Das Dankeschön geht aber genau so an die vielen fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne deren Leistung ein solcher Erfolg nicht möglich wäre. Die Steuerkraft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden stieg nicht zuletzt durch die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen um satte 8,1 % gegenüber der Vorjahresreferenzperiode!

Das war der Sonnenschein – jetzt kommt die Schattenseite.

Denn das Wirtschafts- bzw. Steuerkraftwachstum im Kreis lag damit deutlich über dem Landesschnitt von nur 1,6 %. Das hat zur Folge, dass die Kommunen und auch wir als Kreis selbst weniger Geld vom Land erhalten.

Das ist auch in Ordnung so und entspricht dem Solidaritätsprinzip des Gemeindefinanzausgleichs!

Die Schlüsselzuweisungen an den Kreishaushalt und die vom Land NRW zu zahlende Schulpauschale fallen allerdings um rund 1 Million Euro niedriger aus als noch in diesem Jahr.

Und unsere 13 Städte und Gemeinden müssen gar mit einem Minus von insgesamt 10 Millionen Euro rechnen.

Obwohl das Land bei den Schlüsselzuweisungen an die Kommunen im kommenden Jahr sogar noch um 3,5 % draufpackt, kommt hier bei uns deutlich weniger an!

In diesem Punkt war die Diskussion um das Eckdatenpapier merkwürdig. Ich habe nie etwas anderes gesagt und nie das Solidarprinzip des Gemeindefinanzausgleichs in Frage gestellt. Hier ist ein ganz alter rhetorischer Kunstgriff vorgenommen worden: Eine Behauptung zu widerlegen, die niemand aufgestellt hat!

Keine Sorge, meine Damen und Herren, **so** ausgeschlafen sind wir im Kreishaushalt, dass wir darauf nicht reinfallen!

Kurzum, der Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen kam für uns auch nicht unerwartet. Aber das Ausmaß hat uns schon schockiert!

Die in Düsseldorf 2011 vorgenommene Anhebung des sog. Soziallastenansatzes schlägt im kommenden Jahr voll durch.

Insbesondere auch deswegen, weil es – anders als im laufenden Haushaltsjahr – keine Abmilderung der hohen Verluste an Schlüsselzuweisungen mehr gibt. Insbesondere die hoch verschuldeten Großstädte im Ruhrgebiet bekommen immer größere Stücke vom Landeskuchen, während wir im ländlichen Raum mit immer weniger auskommen müssen.

Dieser Umverteilung ist nicht nur ungerecht, sondern führt mittelfristig dazu, die jetzt noch wirtschaftlich gesunden Kommunen und Kreise krank zu machen. Um das zu erkennen, braucht man keine parteipolitische Brille.

Der Rückgang der Schlüsselzuweisungen würde sich weiter fortsetzen, wenn ab 2014 wirklich die angekündigte Abundanzumlage aus dem Stärkungspakt kommt. 195 Millionen Euro sollen als zusätzlicher Solidarbeitrag von abundanten Kommunen erhoben werden. Für das Jahr 2013 würde das bedeuten, dass Oelde, Telgte, Everswinkel und Beelen zur Kasse gebeten werden.

Diese Umverteilung werde ich auch weiter politisch diskutieren. Denn ich bin nicht der "Lordsiegelbewahrer" einer Regierung – egal welcher Couleur!

Apropos Regierung: Es passt einiges nicht, was uns zurzeit von der Landesregierung in Düsseldorf präsentiert wird.

Ich bringe heute den Haushalt 2013 ein – Ministerpräsidentin Kraft hat vor 3 Wochen erneut den schon einmal gescheiterten Landshaushalt 2012 präsentiert.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen erlaubt sich das Land dort für seinen 59 Milliarden Etat eine Neuverschuldung von 4,6 Milliarden Euro. Es kann einfach nicht sein, dass aus einem mittlerweile zehnköpfiges Effizienzteam nach einem Jahr Arbeit gerade mal ein einziger Sparvorschlag umgesetzt wird: Und da geht es lediglich darum, ein bestehendes Förderprogramm auf Darlehensbasis umzustellen.

Das ist mehr als mager für ein E-Team mit neuerdings 4 externen Beratern, die laut Medienberichten dafür sogar 1 Million Euro bekommen.

Wir sind da anders!

Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Schulden kontinuierlich abgebaut und eine verantwortungsvolle Politik gemacht, die die Lasten nicht auf nachfolgende Generationen verschiebt! Auch im Haushalt 2013 wollen wir 1 Mio Euro Schulden abbauen und damit den Schuldenstand auf 25,4 Mio Euro reduzieren.

Seit meinem Amtsantritt im Jahr 2006 haben wir damit rund 12 Mio Euro Schulden getilgt – das ist ein Beitrag zur Zukunftssicherung, der sich sehen lassen kann!

Und das nicht auf Kosten unserer Städte und Gemeinden! Denn die konnten ebenfalls fast alle – bis auf 2 Kommunen, die minimal draufgesattelt haben - ihre Schulden abbauen. Zwischen 2006 und 2010 wurden immerhin gut 29 Mio Euro Schulden getilgt!

Und wir haben – anders als auf Landesebene – unser Sparpaket bereits Ende 2010 geschnürt. Und das wirkt nachhaltig!

Die dort beschlossenen Sparmaßnahmen werden den Haushalt 2013 weiterhin in Millionenhöhe entlasten. Allein der vollzogene Personalabbau von insgesamt 10 Stellen in den Jahren 2011 und 2012 entlasten den Haushalt um mehr als 400.000 Euro.

Die höheren Kindergartenbeiträge bringen zusätzlich etwa 450.000 Euro pro Jahr in die Kreiskasse – um nur die beiden dicksten Brocken zu nennen.

Neu im kommenden Jahr ist die Erhöhung des Kostenbeitrags der Städte und Gemeinden für die Nutzung des Kreisarchivs. Auch dies wurde bereits Ende 2010 im Rahmen des Sparpakets beschlossen und bringt uns 2013 erstmals zusätzlich knapp 70.000 Euro.

Landschaftsumlage

Zu den unsicheren Größen unseres Haushalts 2013 gehört die Landschaftsumlage – fast jeder 5. Euro geht aus dem Kreisetat direkt weiter nach Münster.

Klar, dass ich – übrigens genau so wie die Bürgermeister bei uns – genau darauf achte, wie groß das Stück vom Kreiskuchen ist, das sich Landesdirektor Dr. Wolfgang Kirsch herausschneiden will. Und auch muss, wenn ich nur auf die Steigerungsraten der Eingliederungshilfe schaue.

Beim Geburtstag von Radio WAF hat sich Dr. Kirsch noch zurück gehalten – aber seine jüngsten Äußerungen zeigen etwas anderes!

Unser Entwurf des Kreishaushaltes 2013 sieht zurzeit noch einen unveränderten LWL-Hebesatz vor, was jedoch schon eine zusätzliche Zahlung von rund 1,4 Millionen an den LWL bedeutet.

Dr. Kirsch hat jetzt das Eckdatenpapier für den LWL-Haushalt 2013 vorgelegt und darin eine Erhöhung der Landschaftsumlage von 0,5 %-Punkten gefordert. Zurzeit liegt der Hebesatz bei 16,1 %.

Wir werden abwarten müssen, was letztlich die Landschaftsversammlung beschließen wird – der Haushalt des LWL wird im November eingebracht. Aber jede Zehntel-Prozent-Steigerung bedeutet für uns Mehraufwendungen von ca. 330.000 Euro.

Wenn Kirschs Vorstellungen Realität werden, bedeutet das für uns ein Mehr von 1,65 Mio Euro! Dies wäre ohne einen Nachschlag bei der allgemeinen Kreisumlage für uns nicht finanzierbar!

Bis zur Verabschiedung unseres Haushalts im Dezember werden wir hoffentlich Klarheit haben, ob bzw. welche Mehrbelastungen uns erwarten. Dies werden wir natürlich dann berücksichtigen.

Der Haushalt in Zahlen

Nun zu den Zahlen des Haushalts. Das Volumen des Kreishaushaltes 2013 beträgt 330 Millionen Euro – das ist gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr eine Steigerung von 3 %.

Und jeder Euro ist – wie immer – unter dem Gesichtspunkt einer sparsamen Haushaltswirtschaft berechnet und ermittelt worden.

Ich darf Ihnen versichern: Selten gab es bei den Gesprächen mit den Fachämtern über die anstehenden Aufgaben und Maßnahmen und die daraus resultierenden Aufwendungen oder Erträge eine solch intensive Diskussion.

Unter dem Strich weisen unsere Berechnungen im kommenden Kreishaushalt ein Defizit von rund 7 Millionen Euro aus.

Dieses Defizit wollen wir zum einen durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage decken. Die wird Ende dieses Jahres noch rund 3,6 Millionen Euro aufweisen. 2,4 Millionen Euro davon sollen im nächsten Jahr entnommen werden. Die restlichen 1,2 Millionen Euro wollen wir als eiserne Reserve für den Haushalt 2014 behalten.

Das verbleibende Defizit von rund 4,6 Millionen Euro muss über die Kreisumlage finanziert werden. Insgesamt brauchen wir nämlich 108,5 Mio Euro an Kreisumlage, um den Haushalt 2013 ausgeglichen zu gestalten.

Von den 4,6 Mio kommen ungefähr $\frac{3}{4}$ – also rund 3,5 Mio Euro durch den sog. Mitnahmeeffekt in die Kreiskasse.

Da sich die Umlagengrundlagen erhöht haben, zahlen die Kommunen bei konstantem Hebesatz automatisch mehr!

Die restlichen rund 1,1 Mio Euro sollen über eine geringe 0,4 %-Erhöhung des Umlagesatzes erreicht werden.

Nach der deutlichen Senkung des Hebesatzes – immerhin um stolze 3,7 % Prozentpunkte – im laufenden Haushaltsjahr und Anbetracht der schwierigen Rahmenbedingungen in der wir uns befinden, ist dies eine ausgesprochen moderate Erhöhung.

Von dem deutlichen Plus in den Gemeindekassen bleibt das allermeiste also drin.

Im **Jugendamtsbudget** haben wir einen Finanzierungsbedarf von 27,5 Mio Euro. **Im nächsten Jahr brauchen wir – insbesondere auch durch Kostensteigerungen beim Ausbau der U 3 Betreuung – etwa 400.000 Euro mehr.**

Im laufenden Haushaltsjahr konnte ein großer Betrag – nämlich 2,4 Mio Euro – aus Überzahlungen der Jugendamtsgemeinden genutzt werden, um die Zahllast spürbar zu senken.

Ende dieses Jahres hoffen wir beim Jugendamtsbudget wieder auf einen Überschuss, der etwa bei 750.000 Euro liegen könnte und natürlich an die Jugendamtsgemeinden zurückfließt.

Dennoch wird eine Erhöhung des Umlagesatzes von 16,4% auf 17,5 % erforderlich.

Gemeinden wurden schon entlastet

„Bürgermeister wollen keine erhöhte Umlage zahlen“ (Die Glocke) und „Millionen-Überschüsse komplett aufzehren“ (WN) – dies sind die Kernaussagen, die die Presse aus der Stellungnahme der Bürgermeister zum diesjährigen Eckdatenpapier herausliest. Ich kann diese auf den Punkt gebrachten Forderungen gut verstehen. Und ich meine sogar, diese Forderungen ein ganzes Stück mit dem vorliegenden Etat für 2013 zu erfüllen. Viel trennt uns gar nicht.

Vor etwas über einem Jahr – Sie werden sich gut erinnern (s. CHART) – erklang noch die Drohung: „Wir wollen unser Geld zurück!“ Ursache dieser scharfen Aussage war die unerwartete Neubewertung unserer Pensionsverpflichtungen durch die Versorgungskasse, die unseren Haushalt während der Ausführung um gut 4 Mio. € verbessert hatte.

Was haben wir – Verwaltung und Kreistag – gemeinsam zur Lösung und zur Entlastung der Städte und Gemeinden getan?

Wir haben den Haushalt 2012 unausgeglichen mit einem enormen Defizit von 5 Mio. € beschlossen und damit auf Kreisumlage i. H. v. 5 Mio. € verzichtet.

Heute sieht es so aus, als würde der Haushalt am 31.12. d. J. mit diesem hohen Defizit abschließen. Wir haben also 5 Mio. € an die Städte und Gemeinden – wenn Sie so wollen – „zurückgegeben“. Damit hatten wir schon im letzten Jahr mit dem Defizit von 800.000 € im Jahresabschluss 2011 begonnen.

Wir haben außerdem den Zahlungszeitpunkt für die Kreisumlage auf das Monatsende gelegt, um den Kommunen länger Liquidität in ihren Kassen zu lassen.

Wir haben in den ersten Monaten dieses Jahres die niedrigstmögliche Kreisumlage von den Kommunen erhoben und unsere eigene Liquidität ganz erheblich strapaziert. Wir haben phasenweise Überziehungskredite im Umfang von über 10 Mio. € in Kauf genommen.

Sicherlich ist es rechnerisch fast richtig, wenn der Sprecher der Bürgermeister die Überschüsse der Kreishaushalte in den vergangenen Jahren mit 7,5 Mio. € beziffert – ganz richtig sind 6,7 Mio. €, weil wir schon im letzten Jahr einen Verlust von rund 800.000 € machen mussten. Das sind gerade einmal 7 Promille des Haushaltsvolumens in diesen Jahren. Die will ich ja gar nicht behalten.

Mit dem geplanten Defizit im Etatentwurf 2013 wollen wir auf weitere 2,4 Mio. € Kreisumlage verzichten, die wir eigentlich für den gesetzlich geforderten originären Haushaltsausgleich einnehmen müssten. Das sind dann schon über 8 Mio. € „Rückzahlung“ von Kreisumlage und damit mehr als die Summe aller Überschüsse in den Kreishaushalten der vergangenen Jahre.

Und damit nicht genug: Die mittelfristige Finanzplanung für 2014 sieht einen weiteren Fehlbetrag i. H. v. 1,2 Mio. vor, den wir über einen Griff in das Eigenkapital des Kreises, also durch Vermögensverzehr decken wollen.

Danach ist aber Schluss! Da helfen auch keine kosmetischen Umschichtungen zwischen Rücklagepositionen, die einmalig durch das aktuelle 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz ermöglicht werden.

Die sog. Ausgleichsrücklage ist eine Fiktion, eine rein rechnerische Bilanzgröße, die in der Stellungnahme der Bürgermeister berechnet und bewertet wird. Sie ist kein Sack Geld, der verteilt werden kann.

Unsere Eigenkapitaldecke ist dünn; gerade einmal 10 % unserer Bilanzsumme sind Eigenkapital – Tendenz sinkend – das wissen Sie. Das wissen auch die Bürgermeisterin und die Bürgermeister.

Also: Wir zehren unsere Überschüsse komplett auf und geben diese Liquidität an die Kommunen zurück – und auch an unsere Kinder!

Wir sorgen vor, indem wir Liquidität langfristig in einem Kapitalstock anlegen und dann zurückgeben, wenn die Pensionszahlungen drastisch gestiegen sein werden. Auf diesem hohen Berg an Verpflichtungen wollen und können wir unsere Kinder nicht allein sitzen lassen. Wir haben das Neue Kommunale Finanzmanagement bekommen, damit wir die von uns verursachten Belastungen künftiger Generationen erkennen und heute mit Vorsorge darauf reagieren. Das gilt für die Pensions- und Rentenbelastungen ebenso wie für Kredite.

Ich bin froh und stolz, dass wir gemeinsam in den letzten sechs Jahren die Kreisverschuldung um 11 Mio. € abbauen konnten. Das müsste auch die Bürgermeister freuen, denn sie zahlen jedes Jahr etwa 400.000 € weniger Kreisumlage, weil sie nicht für den Kapitaldienst aufkommen müssen.

Dies, liebe Kreistagsmitglieder, ist eine verlässliche, verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Finanzpolitik. Und auch die Bürgermeister müssen erkennen, dass wir mit dem schmerzhaften Verzehr unseres Eigenkapitals in den Jahren 2011 bis 2014 eine noch höhere Kreisumlage verhindern.

Kommunalpolitische Schwerpunkte

Option erfolgreich gestartet

Ich komme nun zu den Schwerpunkten unserer Arbeit – und beginnen möchte ich mit dem sozialen Bereich.

Und hier ist unser Jobcenter, das wir seit etwas über 9 Monaten in alleiniger Trägerschaft betreiben, ein **Paradebeispiel für die erfolgreiche Umsetzung unseres Slogans: Wir entwickeln die Zukunft hier!**

Die Entscheidung für die Option war eine gute Zukunftsentscheidung – viele Zahlen beweisen, dass das von uns gesetzte Pflänzchen ganz prima gedeiht.

Trotz einiger Anfangsprobleme ist der Übergang in die kommunale Trägerschaft prima gelungen. Das wichtigste: Alle Leistungsempfänger haben – wie versprochen – ihre Leistungen pünktlich überwiesen bekommen. Dankeschön dafür an Petra Schreier und das ganze Jobcenter-Team! Sie machen einen guten Job, der, wie wir durch den schrecklichen Mord an einer Jobcenter-Mitarbeiterin in Neuss erfahren mussten, nicht nur sehr belastend, sondern mitunter auch sehr gefährlich sein kann.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften kreisweit ist im September auf 7.571 gesunken – fast 300 weniger als noch vor einem Jahr. Im Haushalt 2012 sind wir noch von einem Jahresschnitt von rund 7.950 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen. Klar, die gute Wirtschaftslage hat ganz wesentlich dazu beigetragen – ganz sicher aber auch die engagierte Arbeit unserer Jobcenter-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir sind optimistisch und haben für 2013 die Prognose für die Berechnung der Ansätze noch einmal um 150 Bedarfsgemeinschaften im Jahresschnitt gesenkt.

Auch mit unserer Integrationsquote von 30,4 % erreichen wir einen guten 6. Platz unter den Jobcentern in NRW.

Und die Nachhaltigkeit der Integrationen kann sich ebenfalls sehen lassen. Rund 67,5 % – oder konkret gesagt – 2.200 Bürger, die vorher Hartz IV bezogen haben, waren auch zwölf Monate nach Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Auch hier liegen wir in NRW auf einem guten 6. Platz, den es noch weiter auszubauen gilt.

In den ersten Monaten der Option haben wir bereits viele Punkte aus unserem Optionsantrag erfolgreich umgesetzt – 3 Beispiele möchte ich nennen:

1. Der neue Arbeitgeberservice des Jobcenters hat mittlerweile bei 600 Arbeitgebern im und um den Kreis Warendorf über 1.200 Stellen eingeworben, darunter 290 Ausbildungsstellen.
2. Der wohl größte Erfolg: Die eigene Ausbildungsvermittlung konnte 269 Jugendlichen aus dem Rechtskreis SGB II einen Ausbildungsplatz vermitteln. Viele andere Jugendliche haben ebenfalls eine sinnvolle Alternative gefunden. Zurzeit gibt es nur noch 10 bis 20 unversorgte Bewerber im Bereich des Jobcenters – "und die werden wir auch noch unter bekommen", hat mir das Jobcenter versichert.

3. Synergieeffekte haben wir insbesondere durch die Bündelung der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Jobcenter erzielt. Seit Jahresbeginn werden alle rund 9.800 anspruchsberechtigten Kinder im Jobcenter zusammen betreut.

Allein im 1. Quartal 2012 lag die Antragsquote der Leistungen für Bildung- und Teilhabe bei 74 %. Damit liegen wir in NRW auf einem guten 3. Platz!

All das verdeutlicht, dass der Übergang in die Option genau die richtige Entscheidung war.

Ansonsten entwickeln sich die von uns zu tragenden Soziallasten recht unterschiedlich.

Erfreulich ist der gestiegene **Beteiligungssatz des Bundes bei der Grundsicherung im Alter**. Nach 45 % in diesem Jahr wird der Bund 2013 sogar 75 % der stetig wachsenden Leistungen übernehmen – das ist eine Entlastung von gut 3,7 Mio Euro gegenüber 2012.

Weiterhin steigende Aufwendungen verzeichnen wir hingegen bei der **Hilfe zur Pflege** mit rund 560.000 Euro und bei den Hilfen zum Lebensunterhalt mit rund 115.000 Euro.

Früher ist besser – Vorbeugung und Prävention

So lautet unser Motto bei der Arbeit für und mit Familien. Auch das ist ein Beitrag zur Zukunftsgestaltung.

Wir beginnen bereits kurz nach der Geburt mit einem Hausbesuch in der Familie, wo wir informieren, beraten und unsere Familiengutscheine überreichen.

In allen Orten des Kreises Warendorf sind inzwischen die beliebten Cafe Kinderwagen eingerichtet. Insgesamt werden wöchentlich bereits jetzt 350 Familien auf diesem Wege erreicht. Die Erfahrung zeigt, dass über diesen frühen Kontakt viele hilfreiche Unterstützungsmöglichkeiten vermittelt und realisiert werden.

Darüber hinaus haben sich in allen 10 Städten des Jugendamtsbereichs in den zurückliegenden drei Jahren die lokalen Netzwerke Frühe Hilfen und Schutz etabliert und gebildet.

Dieses Modell genießt mittlerweile landes- und bundesweite Aufmerksamkeit – uns wurde dadurch auch die Teilnahme am landesweiten Modellprojekt "Kein Kind zurück lassen" ermöglicht. Die Teilnahme am Landesprojekt wird die Entwicklung dieses Arbeitsansatzes in den nächsten Jahren weiter fördern.

Darüber hinaus verfolgt der Kreis Warendorf an anderen Stellen Arbeitsansätze mit der Qualität einer frühen Hilfe. Mit Beginn des Schuljahres hat die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) für den Kreis Warendorf ihre Arbeit aufgenommen. Im kommenden Jahr wird die RAA zu einem Kommunalen Integrationszentrum ausgebaut.

Der neue inhaltliche Schwerpunkt "Durchgängige Sprachbildung" und die Ausweitung bereits laufender Projekte des Kreises wie "Sprachschätze", "Frühkindliches Integrationstraining (FIT)" oder "Mercator-Förderunterricht" gehören zu den Aufgaben der Einrichtung. Hinzu kommen Beratung und Qualifizierung von Lehrerinnen, Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern und anderen, auch ehrenamtlichen Multiplikatoren.

Rechtsanspruch auf U-3- Betreuungsplatz

Ab dem Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 (01.08.2013) haben Eltern einen Rechtsanspruch auf Erhalt eines Betreuungsplatzes für ihr unter 3-jähriges Kind.

Wir werden bis dahin insgesamt 1.330 Plätze im U3 Bereich schaffen. Ca. 1.100 Plätze hiervon sind Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus stehen Plätze in Form von Tagespflege zur Verfügung. Beide Angebotsformen sind qualitativ gleichwertig.

Bund, Land und Kommunen haben große Anstrengungen unternommen, die Realisierung des Rechtsanspruches zu erreichen. Allein in den Kreis Warendorf sind seit 2008 ca. 12 Millionen € an Investitionsmittel geflossen.

Die Kommunen haben zudem in einem nicht unerheblichen Umfang weitere Mittel zum Ausbau U3 beigesteuert. Nicht zuletzt haben auch die Träger der Einrichtungen selbst einen wesentlichen Anteil am U3 Ausbau. Alles in allem eine sehr gute und erfreuliche Entwicklung.

Insgesamt erreichen wir im Einzugsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien eine Versorgungsquote von ca. 40 % – das ist Spitze der Kreisjugendämter in NRW.

Das bundes- und landesweite Ausbauziel von 35 % wird damit deutlich überschritten.

Ob allerdings selbst diese hohe 40 %-Versorgungsquote ausreicht, bleibt abzuwarten und wird im Wesentlichen vom Verhalten der berechtigten Eltern abhängig sein.

Ich darf Ihnen versichern: Wir sind in der Lage, auch auf einen weiteren Nachfrageanstieg flexibel zu reagieren.

Denn Schwerpunkt der Angebotsentwicklung ist ein kontinuierlicher, enger Abstimmungsprozess zwischen Kreis, Kommunen und Trägern. Noch in diesem Jahr werden im Rahmen örtlicher Planungskonferenzen, Bedarf und Angebot gegenüber gestellt. Sofern sich regionale Versorgungslücken abbilden, wird dem Bedarf zeitnah mit der Schaffung weiterer Betreuungsangebote bis zum 01.08.2013 entsprochen.

Ganz wichtig: Neben dem raschen Ausbau an Betreuungsangeboten im U3 Bereich darf die Qualität der Betreuung der Kinder in den Einrichtungen und in der Tagespflege nicht zu kurz kommen. Schon jetzt und künftig wird es daher eine zentrale Aufgabe aller Verantwortlichen sein, das Wohlergehen der Kinder im Rahmen der Tagesbetreuung intensiv im Blick zu behalten.

Mehr Personal für mehr Aufgaben

Nicht nur die KITAS brauchen mehr Personal! Auch der Stellenplan des Kreises 2013 muss von aktuell 842,5 Stellen um 25,5 Stellen erweitert werden.

Allein 19 Stellen werden zusätzlich notwendig, um den **neuen Rettungsdienstbedarfsplan** umzusetzen. Ich werde gleich noch ein paar Worte dazu unter dem Thema Sicherheit sagen.

3,5 weitere Stellen werden für das Kommunale Integrationszentrum geschaffen.

Für die Übernahme der Aufgaben im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit bei Kleinkläranlagen werden 2 zusätzliche Stellen notwendig.

Eine Stelle wird zusätzlich eingerichtet, um u. a. die unteren Bauaufsichtsbehörden der Kommunen zu unterstützen.

Und schließlich wird noch eine halbe Stelle im Bereich des Immissionsschutzes erforderlich.

Bei all diesen zusätzlichen Stellen möchte ich zwei Punkte betonen:

- Die Basis für die Personalaufstockung bilden in fast allen Fällen einstimmige Beschlüsse des Kreistages bzw. einvernehmliche Regelung mit den Kommunen
- Das zusätzliche Personal wird im Wesentlichen refinanziert – z.B. durch höhere Rettungsdienstgebühren, Landeszuschüsse oder sonstige Erstattungen

Darüber hinaus möchte ich ausdrücklich feststellen, dass die Zahl der nicht refinanzierten Stellen gegenüber dem Stellenplan 2012 unverändert konstant ist!

Es gibt also keine sonstigen Stellenplanausweitungen!

Wir werden aber auch keine Stellen abbauen können, wie das noch im letzten und diesem Jahr der Fall war.

Die Personalaufwendungen werden nach Abzug der Refinanzierungsmittel für zusätzliche Stellen (1,17 Mio Euro) um rund 3,1 Mio Euro steigen. Bereits beschlossene Tariferhöhungen sowie eine prognostizierte Besoldungserhöhung von 2 % für die Beamten machen zusammen rund 770.000 Euro Mehraufwendungen aus. Gravierender ist jedoch die erforderliche Anhebung der Pensionsrückstellungen – das sind rund 1,7 Mio Euro.

Aber gerade auch hier gilt der Grundsatz: **Sorge für die Zukunft vor!** Das tun wir durch die Einzahlung in den Pensionsfonds für unsere ehemaligen und jetzigen Mitarbeiter!

Wir tun das aber auch mit Blick auf unseren Nachwuchs. Wir werden im kommenden Jahr – wegen des doppelten Abiturjahrgangs – die Zahl der Ausbildungsstellen um 5 Stellen auf dann 21 Stellen erhöhen. Wir wollen damit den zusätzlich auf den Ausbildungsmarkt strömenden jungen Menschen eine Perspektive bieten.

Interkommunale Zusammenarbeit stärken

Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir dann zusammen – Xavier Naidoo beschreibt sehr schön, was u. a. auch Interkommunale Zusammenarbeit bedeutet. Sie ist in einigen Bereich der Verwaltung ein gutes Rezept, um Synergien zu heben und dem stetig steigenden Kostendruck insbesondere auch bei den Personalkosten entgegen zu wirken. Übrigens: auch das **ist ein Beitrag, um Zukunft zu gestalten.**

Wir tun das in drei Bereichen ganz erfolgreich:

Kleinkläranlagen

Ab dem kommenden Jahr übernehmen wir von 12 Gemeinden die Aufgabe der Überwachung von Kleinkläranlagen. Die Stadt Oelde wird im November 2012 in den städtischen Gremien die Aufgabenübertragung beraten.

Die rund 7.000 Kleinkläranlagen im Außenbereich werden bislang doppelt überwacht. So prüfen die Gemeindemitarbeiter zum Beispiel den Betrieb und die Unterhaltung während der Kreis dann vor Ort ist, wenn Sanierungen anstehen oder neue Genehmigungen erteilt werden sollen.

Künftig soll nur noch der Kreis kontrollieren.

Ich hatte beim Personalhaushalt schon erwähnt, dass dafür zwei neue Mitarbeiter eingestellt werden müssen. Zurzeit läuft das Ausschreibungsverfahren für diese beiden Stellen.

Interkommunaler Bauhof

An unserem Interkommunalen Bauhof in Beckum wird zurzeit fleißig gebaut – hier Bilder von der aktuellen Situation.

Wenn alles gut geht, werden wir bereits Anfang 2013 dort die Arbeit aufnehmen können. Wir erwarten Kosteneinsparungen von etwa 100.000 Euro pro Jahr durch die Zusammenlegung.

Offensichtlich macht das Beispiel in Beckum Schule. Denn auch in Warendorf haben Gespräche zwischen Stadt und Kreis stattgefunden. Es besteht grundsätzlich Konsens, dass auch in Warendorf diese Idee weiterverfolgt werden soll. Standort könnte der jetzige städtische Bauhof am Holzbach sein – hier ein Foto.

Zurzeit wird eine Wirtschaftlichkeitsstudie erstellt, die bis zum Jahresende vorliegen soll. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

Personalservicestelle

Ein Meilenstein der interkommunalen Zusammenarbeit ist seit 2009 unsere Servicestelle Personal.

Bislang sind der Kreis Warendorf, die Stadt Sendenhorst, die Gemeinden Ostbevern und Everswinkel, sechs kommunale Eigenbetriebe sowie zahlreiche Vereine und Einrichtungen wie die Kreismusikschule, Volkshochschule, Rettungsdienste und Kindergartenträgervereine unserer Servicestelle angeschlossen.

Mittlerweile werden u. a. Gehaltsabrechnungen, Reisekostenabrechnungen oder auch Stellenbewertungen für rund 1.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeführt. Sieben Stellen aus dem Haupt- und Personalamt der Kreisverwaltung sind für die Servicestelle tätig.

Zurzeit führen wir Gespräche mit der Stadt Drensteinfurt und der Gemeinde Beelen, die ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit haben.

Als ein echter Schlag ins Kontor könnten sich allerdings zwei Entscheidungen des Bundesfinanzhofs herausstellen. Denn unser oberstes Finanzgericht sieht bei solchen Formen der Verwaltungszusammenarbeit, wie nicht nur wir sie betreiben, eine Umsatzsteuerpflicht.

"Alle unsere bisherigen Anstrengungen, durch verstärkte Verwaltungszusammenarbeit das bisherige Leistungsspektrum weiterhin finanzierbar zu halten, werden damit konterkariert" – stellt die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände fest.

Dieser Einschätzung kann ich mich nur anschließen und hoffe, dass bei den Gesprächen auf Landes- und Bundesebene Lösungen für dieses Problem gefunden werden.

Was wir alleine schaffen ist steuerfrei – was wir zusammen schaffen ist umsatzsteuerpflichtig – das würde selbst Xavier Naidoo die Stimme verschlagen.

Mehr Sicherheit für die Bürger

Wir tun im nächsten Jahr ganz viel dafür, dass die Menschen im Kreis Warendorf in Zukunft noch sicherer leben können.

Der neue Rettungsdienstbedarfsplan bringt deutliche Verbesserungen insbesondere bei der Notarztversorgung im Raum Sendenhorst und im Bereich der Rettungswachen Telgte und Ostbevern. 19 zusätzliche Mitarbeiter werden dafür eingestellt. Die zusätzlichen Personalkosten werden, wie bereits erwähnt, refinanziert – also durch höhere Gebühren aufgebracht, die von den Krankenkassen zu tragen sind.

Losgelöst vom neuen Rettungsdienstbedarfsplan entstehen uns für die Einführung des Digitalfunks im nächsten Jahr Investitionskosten von rund 2 Millionen Euro.

In dieser Woche wurden die Funkkennungen, mit denen alle Fahrzeuge von Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen versehen sind, auf eine neue Systematik umgestellt.

Der Rufname "Florian" hat ausgedient – jetzt werden die Fahrzeuge mit anderen "Klarnahmen" wie "Rettung Ennigerloh RTW 1" gerufen. Ich habe mir das in unserem Einsatzleitwagen vom Kreisbrandmeister zeigen lassen. Seit dem 01. Oktober 2012 werden diese neuen Funknamen auch für den bisherigen analogen Funk verwendet.

Ab Mai 2013 beginnt dann der erweiterte Probebetrieb. Alle Funkgeräte in den Fahrzeugen der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und bei den Hilfsorganisationen werden Zug um Zug ausgetauscht.

Auch diese Kosten fließen anteilig in die Gebührenkalkulation Rettungsdienst mit ein.

Viel Geld – nämlich 1,5 Mio Euro – kostet auch die geplante neue Rettungswache im Zusammenhang mit der neuen Feuerwache in Telgte. Im Finanzausschuss und Bauausschuss sind die Pläne vorgestellt worden. 2014 wird der Hauptteil der Kosten während der Bauphase anfallen.

Übrigens: Über alles rund um das Thema Sicherheit wollen wir gemeinsam mit der Polizei, den Feuerwehren, dem DRK und den anderen Hilfsorganisationen im nächsten Jahr im Rahmen eines Aktionstages am und im Kreishaus informieren.

Er wird am Sonntag, 9. Juni stattfinden. Ich hoffe auf ähnlich viele Besucher wie 2005, wo wir einen solchen "Tag der Sicherheit" schon einmal durchgeführt haben.

Kreishaus kommt in die Jahre

Architekt Wilhelm Kiküm und OKD Winfried Schulte haben Ende der 70er Jahre ein grundsolides Kreishaus gebaut, das auch heute noch seinen Zweck voll erfüllt.

Doch auch unser Kreishaus kommt jetzt – 3 Jahrzehnte später – allmählich in die Jahre. Ich freue mich sehr darüber, dass es bei der Vorstellung unseres Sanierungskonzepts breite Zustimmung aus allen Fraktionen gab. Es geht um den Vermögenserhalt – und den sichern wir insbesondere durch Maßnahmen zur energetischen Optimierung. Das überzeugt!

Ich freue mich, dass auch die Bürgermeister in ihrer Stellungnahme eine Sanierung des Kreishauses grundsätzlich begrüßen. Aus meiner Sicht sind alle von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sinnvoll und notwendig – über den Wunsch der Bürgermeister, das Sanierungsprogramm noch über ein weiteres Jahr zu strecken, können wir gern nachdenken.

Allerdings ist das Kreishaus zu klein geworden, um den mittlerweile über 1000 Mitarbeitern einen Arbeitsplatz zu bieten.

Die gute Nachricht: Wir werden in absehbarer Zeit – voraussichtlich Mitte 2014 – zusätzliche Büroräume im geplanten Neubau der Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kreishaus anmieten können.

In den nächsten Wochen werden wir den Mietvertrag unterzeichnen können. In dem Neubau wollen wir dann die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Planung und Naturschutz, das Rechnungsprüfungsamt und die Leitung des Jobcenters unterbringen.

Mehr Geld für Straßensanierungen

Vermögenserhalt ist eine Zukunftsaufgabe – und darum geht es auch beim Straßenbau.

Die Probleme rund um die Sanierung der K 3 (Fotos) haben gezeigt, dass das Splitten der Straßen sehr problematisch sein kann und letztlich die nötige Grundsanie rung nicht ersetzt, sondern nur hinaus schiebt.

Man sieht es ja auf Bundes- und Landesebene, wo jahrzehntelang zu wenig für die Brückensanie rung investiert wurde – jetzt ist der Stau so groß, dass so gut wie kein Geld mehr da ist, um dringend notwen dige Umgehungsstraßenprojekte zu finanzieren.

Auch wir müssen mehr Geld für den Substanzerhalt unserer eigenen 365 Kilometer Kreisstraßen in die Hand nehmen.

Zum nächsten Jahr sind u. a. folgende investive Maßnahmen vorge sehen:

- Grunderneuerung der K 33 bei Alverskirchen
- Umbau und Sicherung des Knotenpunktes K 7/B 64/Bahnlinie in Beelen
- Neubau eines Radweges an der K 7 auf einem Teilstück zwi schen Lette und Beelen

Für diese drei Maßnahmen werden rund 1,8 Mio Euro aufgewandt. Der Kreisanteil beträgt rund 630.000 Euro – der Rest wird durch das GVFG-Programm gefördert.

Geld in Schulen angelegt, ist Geld, dass reiche Zinsen bringt

Bildung ist die Basis unseres Wohlstandes – ist Investition in die Zukunft!

Gut 4 Millionen Euro werden wir auch im nächsten Jahr für unsere Berufskollegs aufwenden – ohne Personalkosten.

Die höchsten Kosten fallen in Beckum an – dort werden wir z.B. eine Mensa einrichten, die naturwissenschaftlichen Räume renovieren und Geld in den Ausbau eines lokalen WLAN-Netzes stecken.

Und wir werden dort u. a. in Hörsäle für die Fachhochschule investieren.

"Unsere" FH mit dem dualen Studiengang Maschinenbau entwickelt sich prächtig – bereits 68 Studenten nutzen das Angebot. Und es ist ein gutes Zeichen, dass sich die Fachhochschule Münster zur Hälfte an den in Beckum entstehenden Kosten von insgesamt 422.000 Euro beteiligt.

2012 – ein großes Jahr für das kulturelle Leben

Das **RELÍGIO** – Westfälisches Museum für religiöse Kultur – konnte Ende April eröffnet werden. Nach einjähriger Umbauzeit präsentiert sich das Museum an der Herrenstraße in Telgte jetzt in komplett verändertem Gewand.

Ich freue mich riesig, dass wir mit dem neuen **RELÍGIO** eine Lücke in der westfälischen Museumslandschaft schließen konnten. Das Konzept, das Religiosität mit einer Landschaft, mit einer Region in Verbindung bringt, ist unseres Wissens einzigartig in Deutschland. Ich freue mich aber auch, dass die Besucherzahlen im Vergleich zu den Vorjahren doppelt so hoch liegen. Das **RELÍGIO** ist nicht nur ein tolles "Gemeinschaftswerk" – entstanden ist ein echtes Meisterwerk! Dankeschön noch einmal an alle, die uns hierbei unterstützt haben.

Ähnliches gilt für das Museum Abtei Liesborn.

In den letzten 2 Jahren wurde das Gebäude mit einem Kostenaufwand von rund 2,4 Mio Euro energetisch saniert – rund 1,5 Mio Euro kamen davon aus dem Konjunkturpaket II. Unter anderem wurde das gesamte Dachgeschoss grundlegend saniert und das denkmalgeschützte Dach des Südflügels mit Naturschiefer neu gedeckt.

Und die einmalige Kreuzsammlung erstrahlt im neuen Glanz!

Leider werden im kommenden Jahr die Dividendenerträge aus den RWE-Aktien auf 1,31 Mio Euro zurückgehen. Daher können nicht mehr alle Kosten unserer Kulturaktivitäten durch den Wirtschaftsplan der GWK abgedeckt werden. Gegenüber der tatsächlichen Projektfinanzierung in diesem Jahr müssen wieder rund 265.000 Euro – wie früher vor dem Ansteigen der RWE-Dividenden – aus dem Kreishaushalt finanziert werden.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich **Dankeschön sagen**:

- Ihnen, den Mitgliedern des Kreistages für die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in diesem Jahr.
- Den zigtausend ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die uns in mannigfaltiger Weise immer wieder unterstützen. Ohne diese helfenden Hände wären wir in vielen Bereichen überhaupt nicht in der Lage, unsere Aufgaben zu erfüllen.

Dieses Dankeschön an das Ehrenamt werden wir natürlich auch im nächsten Jahr wieder beim Sommerfest des Kreises persönlich aussprechen. In diesem Jahr hatten wir Ehrenamtliche aus den Sportvereinen eingeladen.

Das Motto für das Sommerfest 2013 lautet: Retten, Löschen, Bergen, Schützen. Ich freue mich schon jetzt auf die Blauröcke unserer Freiwilligen Feuerwehren, auf DRK-Mitarbeiter, Rettungshundeführer und viele andere Gäste.

- Mein letztes Dankeschön geht an Dr. Funke und sein gesamtes Team für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs. Sie haben unser Saatgut für die Zukunft zusammengestellt und abgewogen. Jetzt hoffen wir natürlich, dass es aufgeht und reiche Ernte bringt. Deshalb haben wir das Foto auch gestern vor unserer aktuellen Erntekrone gemacht.

Und nun wünsche ich Ihnen bei der Beratung des Zukunftshaushalts 2013 viel Erfolg.